

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Lasst uns klar stellen: Andrea Ypsilanti und Kurt Beck haben die Unterstützung der Partei und den Auftrag der Mehrheit für:

- die Wahl Andrea Ypsilantis zur Ministerpräsidentin;
- die Bildung der SPD-geführten Regierung in Hessen.
- Wir wollen und brauchen die SPD-Regierung für den politischen Wechsel, für wirkliche sozialdemokratische Politik!

Zahlreiche sozialdemokratischen GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen aus Hessen, aber auch Berlin, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, unterstützen diese Forderungen des Offenen Briefs an Andrea Ypsilanti und Kurt Beck, zu dem die **Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative** am Vorabend der Sitzung des Parteipräsidiums, dem 9. März 2008, die Initiative ergriffen hat. „Die Wählermehrheit hat Andrea Ypsilanti das demokratische Mandat für die Führung einer SPD-

Regierung in Hessen für den politischen Kurswechsel, für sozialdemokratische Politik gegeben“, heißt es in dem Offenen Brief, denn sie will, dass Schluss ist mit Koch und seiner Politik, die das Land in eine soziale Katastrophe treibt. Sie will und braucht eine SPD-Regierung für den politischen Wechsel, für sozialdemokratische Politik. **Die sozialdemokratischen GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen wenden sich unmittelbar nach der Präsidiumssitzung am Montag, dem 10. März, mit einem neuen Offenen Brief an Kurt Beck.**

Sie schreiben u.a.:

„Gegen die Bildung einer solchen SPD-Regierung entfesselten die politischen Gegner und die Medien eine hasserfüllte Kampagne. Täglich schrieben sie das Ziel ihrer Wünsche herbei: das Scheitern von Andrea Ypsilanti, den Sturz von Beck und das Ende des auf dem Hamburger SPD-Parteitag begonnenen Neuaufbruchs der SPD.

Zum Vorwand für ihre Kampagne nehmen sie die Wahlunterstützung für Andrea Ypsilanti durch die „Linke“. Doch wollen sie alle nur eins: Es darf keine SPD-Regierung geben, die den Auftrag der Wähler erfüllt, eine SPD-Regierung für wirkliche sozialdemokratische Politik.

Denn das wäre ein Stachel gegen die Fortsetzung der Politik der Antireformen in der Großen Koalition und gegen die Umsetzung dieser Politik in Ländern wie Hessen.

Es liegt für uns außerhalb jedes Verständnisses, dass sich an dieser Kampagne gegen die Bildung der SPD-Regierung in Hessen ausgerechnet Kräfte aus der Führung der SPD beteiligen und sich dafür ebenfalls des Vorwands der „Linken“ bedienen.

Wir verurteilten insbesondere Peer Steinbrück, der behauptet hat, dass Deine Unterstützung für Andrea Ypsilanti einen



ArbeitnehmerInnen in Hessen wollen die SPD-Regierung mit Ypsilanti, damit Schluss sei mit Kochs Politik des Tarifvertragsbruchs

Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl 2009 bereits unmöglich gemacht habe. Das Gegenteil ist der Fall!

Ist es nicht die Politik der „sozialen Zumutungen“, die die SPD in eine Wahl-niederlage nach der anderen geführt hat, die die Mitglieder aus der SPD getrieben hat und die SPD dem Niedergang auslie- fert?

Sind nicht die Steinbrück-Nachlassverwalter von Schröders Agenda-Politik verantwortlich dafür, dass überhaupt eine Linkspartei erstarken konnte auf Kosten der sozialdemokratischen Wählerbasis? Und jetzt nutzen sie diese „Linke“, um die Wende der SPD hin zu einer Neuorientierung, um die hoffnungsvolle Bildung einer SPD-Regierung zu torpedieren, die es wagt, sich für wirkliche sozialdemokratische Politik zu engagieren (und sich damit auch den politischen Vorgaben der EU zu widersetzen)?

Sehen sie etwa den Moment gekommen, um die auf dem Hamburger SPD-Parteitag leidenschaftlich unterstützte Orientierung, „wieder mehr auf die Sorgen und Forderungen der Menschen zu hören“, zu kippen?

Denn das gefährdet die Politik, die sie in der Großen Koalition weiterhin umsetzen wollen:

– die Bahn zu privatisieren, was gegen den Beschluss der Partei und den Willen der SPD-Mehrheit aufgezwungen werden soll;

(Forts. Seite 2)

...Andrea Ypsilanti und Kurt Beck haben die Unterstützung der Partei... (Fortsetzung v. S. 1)

– dem Grundgesetz der Bundesrepublik die „harte Schuldengrenze des EU-Stabilitätspakts“ aufzupropfen, um noch schmerzlichere Einschnitte in den Sozialstaat zu erzwingen, was die soziale Einheit der Republik in Frage stellen muss.

Hatte nicht Andrea Ypsilanti dagegen gefordert: „Keine Reformen mehr, die den Menschen Angst machen“?

Mit größtem Bedauern haben wir gehört, dass Du jetzt die Meinung vertrittst, Andrea Ypsilanti solle sich am 5. April nicht mehr zur Wahl als Ministerpräsidentin stellen.

Es war die unter Deiner Verantwortung auf dem Hamburger SPD-Parteitag zum Ausdruck gekommene Neuorientierung, die Andrea Ypsilanti den Platz für die erfolgreiche politische Offensive der SPD für die Bildung einer sozialdemokratischen Regierung gegeben hat. Du hast die Wahl von Andrea Ypsilanti unterstützt, um „den Schub aus den Wahlen“ zu nutzen für die Verwirklichung einer SPD-Regierung, die den Wählerauftrag erfüllt, die „auf die Sor-

gen und Forderungen der Menschen hört“. Nach Jahren der Wahlniederlagen und Mitgliederverluste eröffnet sich damit eine politische Perspektive für die SPD, die auf unser ganzes Land ausstrahlen wird.

Wir wollen Dir sagen: Weiche nicht zurück!

Du hast die Mehrheit, die Mehrheit der Partei hinter Dir!

Wir stehen zu Dir und Andrea Ypsilanti!

Das ist es, was Dir und Andrea Ypsilanti die Eltern, Lehrer und Schüler in Hessen sagen, die für die Rücknahme der Selektionsmaßnahmen in der Bildung gekämpft haben. (...)

Das ist es, was die Studenten sagen, die nun weiter Studiengebühren zahlen sollen. (...)

Das ist es, was Tausende von Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst sagen, die in ihrer überwältigenden Mehrheit SPD gewählt haben, weil Andrea Ypsilanti die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder angekündigt hat und damit die Respektierung des gewerkschaftlichen Flächentarifvertrags.

Das sagen die Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen, die für ihre berechtigten Lohnforderungen im Streik stehen. Sie brauchen den Lohn zum Leben, und den wollen sie in freien Tarifverhandlungen und mit ihrem gewerkschaftlichen Tarifvertrag erkämpfen. (...)

Auf diese Mehrheit in der Bevölkerung und in der Partei kannst Du dich, Genosse Beck, stützen, – entgegen aller Niedermache einer interessierten Presse und von politischen Gegnern –, wenn Du für die Wahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin der SPD-geführten Landesregierung kämpfst.

Und wir sind überzeugt, dass Du damit die Voraussetzung für eine erfolgreiche

Kandidatur von Andrea Ypsilanti schaffen hilfst. **Darum, Genosse Kurt Beck, appellieren wir an Dich, deine jetzige Position zu überdenken.**

Ist es denn schändlich, in Hessen die Wahlunterstützung durch die Abgeordneten der Linken für die Bildung einer SPD-geführten Regierung zu akzeptieren? Stehen doch hinter diesen Abgeordneten sozialdemokratische WählerInnen!

Ist es deshalb nicht das Verdienst von Andrea Ypsilanti, sich an diese Abgeordneten zur Unterstützung ihrer Wahl zur Ministerpräsidentin gewandt zu haben? Was von diesen die Abkehr von der Politik des Tarifvertragsbruchs und Lohndumpings und der elenden sozialen Demontage verlangt, die die Linke in Berlin in der Senatskoalition mit der SPD den BerlinerInnen zumutet!

Entspricht das nicht vielmehr dem Wählerauftrag – auch der sozialdemokratischen WählerInnen, die in Hessen ihre Stimme noch der Linken gaben – und den Hoffnungen und Erwartungen der ArbeitnehmerInnen und der SPD? (...)

Als Vorsitzender der SPD kannst Du dich auf die entschiedene Mehrheit der SozialdemokratInnen stützen, denn sie wollen die Neuorientierung der SPD, damit die SPD wieder in die Offensive gehen kann für sozialdemokratische Politik. Und wir sind überzeugt, dass die SPD damit auch den Weg für die Eroberung sozialdemokratischer Mehrheiten einschlägt, auch für 2009.“

Unterschreibt die Offenen Briefe der Hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative!

Helft dabei, den Aufruf zur Unterstützung für die Neuorientierung der SPD und für die politische Offensive für Andrea Ypsilanti für die SPD-Regierung in Hessen wirksam werden zu lassen.

Aus dem Inhalt

HESSEN: Stimmen aus SPD und Gewerkschaften: Für die SPD-Regierung mit Ministerpräsidentin Andrea Ypsilanti

**Zum BVG-Streik
Berliner Senat weiter für Bruch des gewerkschaftlichen Tarifvertrags, für Lohndumping**

**Die KollegInnen lehnen den Lissabon-Vertrag ab
Rede auf dem Kongress der NGG**

**RUSSLAND nach der
Präsidentenwahl**

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

**NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS:
20. 3. 2008**

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie
@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboulé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast

Nordrhein-Westfalen:

Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo
Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann

Mecklenburg-Vorpommern:

Lothar Hesse

Sachsen:

Gaby Hahn, Cornelia Matzke

Sachsen-Anhalt:

Axel Bachner

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf
Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg:

Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im
Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro

Die »Internationalen Informationen« können als
Zusatzabonnement zur »Sozialen Politik &
Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10€
(bzw. 2,50€ Monatsrate) bezogen werden.
In den Preisen sind 7% Mwst. enthalten.

Konto: C. Boulboulé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboulé
Postfach 120 755; 10597 Berlin